



PRESSEMITTEILUNG

Kiel, 23.03.2026

Lob für neue Ostsee-Naturschutzgebiete – Forderung nach strengem Schutz, Nitratreduktion und Beseitigung von Munitionsaltlasten bleibt bestehen

- **Naturschutzverbände: Ausweisung der drei neuen Naturschutzgebiete in der Geltinger Bucht, Hohwachter Bucht und vor Fehmarn wichtiger Schritt im Ostseeschutz**
- **Strenge Befahrensregelung und Ergänzung um Strandschutzgebiete gefordert**
- **Verbindliche Ziele zur Reduktion des Nährstoff-Eintrags in die Ostsee fehlen**
- **Beseitigung von Munitionsaltlasten muss weiter Priorität haben**

Für drei neue Schutzgebiete treten heute die Schutzgebietsverordnungen in Kraft. Vor der Geltinger Bucht, der Hohwachter Bucht und vor Fehmarn sind damit 23.800 Hektar beziehungsweise 238 Quadratkilometer neue Schutzgebiete ausgewiesen, in denen nicht gefischt werden darf, sodass sich Schweinswale, Fische, Meeresenten, Seegraswiesen und andere empfindliche Lebewesen und Lebensräume weitgehend ungestört entwickeln können.

„Es ist großartig, dass der Umweltminister dies nur zwei Jahre nach Veröffentlichung des Aktionsplans Ostseeschutz umgesetzt hat“, lobt Alexander Schwarzlose vom NABU Schleswig-Holstein im Namen des Bündnisses der Ostsee-Naturschutzverbände. Die Verbände machen bei allem Lob aber auch deutlich, welche Aufgaben im Ostseeschutz noch auf dringende Erledigung warten.

„Für eine wirklich ungestörte Entwicklung ist es notwendig, dass auch der motorisierte Wassersport aus den Schutzgebieten herausgehalten wird“, betont Prof. Dr. Holger Gerth vom Landesnaturschutzverband SH. Eine Befahrensverordnung kann nur vom Bundesverkehrsministerium erlassen werden. Arbeitsgruppen arbeiten gerade an einem entsprechenden Antrag. „Als Verbände bringen wir uns mit unserer Forderung in die Arbeitsgruppen ein und hoffen, dass sie berücksichtigt wird, denn Schweinswale mit ihren Jungtieren oder rastende Meeresenten leiden stark unter Lärmbelastung und brauchen dringend Rückzugsräume“, erklärt Gerth.

Weiter sei ein strengerer Schutz von Strandabschnitten dringend erforderlich, um auch dort rastende und brütende Vögel sowie Robben zu schützen.

Um den Eintrag von Nährstoffen in die Ostsee zu reduzieren, gibt es bislang lediglich freiwillige Vereinbarungen mit der Landwirtschaft und zusätzliche, ebenfalls freiwillige Projekte, die von den Ostseebeiräten entwickelt wurden. All diese zusammen, selbst wenn sie vollständig umgesetzt würden, bewirken aber nur einen



Bruchteil der geforderten 2000 Tonnen Stickstoff- und 70 Tonnen Phosphor-Reduktion. „Hier brauchen wir dringend verbindliche und wirksame Zielvorgaben, damit es nicht jeden Sommer wieder zu Algenblüten und der Ausweitung von sauerstofffreien Todeszonen am Meeresgrund kommt. Denn ohne Sauerstoff kann kein Seegras wachsen und sich kein Fischlaich entwickeln“, sagt Dietmar Ulbrich vom BUND SH.

Die Ostsee-Naturschutzverbände haben alle Ankündigungen des „Aktionsplans Ostseeschutz 2030“ in einer Liste zusammengefasst und bitten die Landesregierung seit Veröffentlichung des Planes im Jahr 2024 jährlich um Informationen über die Umsetzung.

Den Punkt „Schutzgebiete“ können die Verbände nun mit einem dicken grünen Haken versehen. Bei anderen Punkten, zum Beispiel „die vorhandenen Natura-2000-Gebiete deutlich im Management zu stärken“ oder „Die Anforderungen der Düngeverordnung 2020 müssen flächendeckend eingehalten werden“ sehen sie noch dringenden Handlungsbedarf.

Dies gilt auch für die Beseitigung von Munitionsaltlasten in der Ostsee, deren zunehmender Zerfall durch Korrosion Pflanzen, Tiere, Umwelt und Tourismuswirtschaft bedroht. Nach dem erfolgreichen Pilotprojekt in der Lübecker Bucht scheint momentan unklar, wie es weitergehen soll. Mit den Infrastrukturmitteln des Bundes wäre eine Finanzierung möglich. Die touristische Infrastruktur der Ostseeküstenregion könnte so dauerhaft vor wirtschaftlichen Risiken bewahrt werden.

Das Bündnis der Ostsee-Naturschutzverbände besteht aus der Arbeitsgemeinschaft Integrierter Ostseeschutz (AGIO), dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Landesverband Schleswig-Holstein (BUND SH), der Heinrich-Böll-Stiftung, Landesnaturschutzverband Schleswig-Holstein e.V. (LNV SH), dem NABU Schleswig-Holstein, dem Verein Jordsand und dem WWF Deutschland.

Pressekontakte:

Eva Krautter
Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit NABU SH
04321 7572077
Eva.Krautter@NABU-SH.de

Sina Clorius
Pressesprecherin BUND SH
0179 2630518
Sina.Clorius@bund-sh.de

Prof. Dr. Holger Gerth
Vorsitzender
0170-3855160
hgerth@lnv-sh.de